

NACHRICHTEN

**Die andere Atomgefahr**

BERLIN: In deutschen Atomanlagen hat es 1999 nach Angaben des Umweltministeriums 139 meldepflichtige Ereignisse gegeben. In keinem der Fälle seien Beschäftigte oder Anwohner durch Strahlenbelastung gefährdet gewesen, teilte das Ministerium am Mittwoch in Berlin mit. Auch seien keine systematische Schwachstellen festgestellt worden. 121 der Vorfälle seien in Atomkraftwerken, 18 in Forschungsreaktoren gemeldet worden. Der gravierendste Vorfall habe sich im März 1999 im Atomkraftwerk Unterweser ereignet. Hier sei bei Wartungsarbeiten ein Leck an einem Rohr des Kaltwassersystems entstanden. Radioaktivität sei dabei nicht freigesetzt worden. Das Ministerium teilte weiter mit, ein Vorfall aus dem seit 1990 stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg sei in der achtstufigen Internationalen Bewertungskategorie als Eilmeldung eingestuft worden. Die übrigen Vorfälle in Atomanlagen seien im Jahr 1999 in der niedrigsten Meldekategorie verzeichnet worden.

**Gegen sexuelle Belästigung**

BRÜSSEL: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz soll künftig im gesamten EU-Raum bekämpft werden. Bislang sei ein Vorgehen gegen diese Form der Diskriminierung nicht in allen EU-Staaten rechtlich abgedeckt, sagte EU-Sozialkommissarin Anna Diamantopoulou. Sie stellte am Mittwoch in Brüssel den Richtlinienentwurf vor. Das Problem sei weit verbreitet: Im EU-Durchschnitt seien jede dritte Frau und jeder zehnte Mann schon einmal am Arbeitsplatz sexuell belästigt worden, führte Diamantopoulou aus. In Spanien, Griechenland und Italien seien es sogar 65 Prozent der Frauen. Der Richtlinie zufolge soll künftig der Arbeitgeber verpflichtet werden, für «belästigungsfreie Arbeitsplätze» zu sorgen. Anderenfalls kann er zur Rechenschaft gezogen werden. Nach Angaben von Diamantopoulou sollen die Vorschriften vor allem vorbeugend wirken. Nur in zwei der 15 EU-Staaten – Belgien und Frankreich – gebe es ausreichende Gesetze zum Schutz gegen Belästigungen.

**Albright in Kairo**

KAIRO: US-Aussenministerin Madeline Albright hat am Mittwoch Gespräche mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak über den Friedensprozess im Nahen Osten aufgenommen. Im Anschluss war ein Treffen mit Syriens Aussenminister Faruk el Schara geplant. Albright erklärte, sie erwarte keinen Durchbruch, aber die Tür stehe weit offen. Es ist das erste Treffen zwischen Syrien und den USA auf dieser hohen Ebene seit dem Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und seinem syrischen Kollegen Hafis el Assad im März in Genf. Damals war den beiden Präsidenten kein Durchbruch im syrisch-israelischen Friedensprozess gelungen. Schara sagte Journalisten am Dienstag, Syrien wolle den Frieden mit Israel, sei aber zu Zugeständnissen bei der Landrückgabe nicht bereit. Syrien verlangt den vollständigen Abzug israelischer Truppen von den Golan-Höhen, die Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzt hält. Vor ihrer Kairo-Reise hatte Albright den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat überzeugt, Delegationen zu den am Montag beginnenden Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nach Washington zu schicken.

**Gegenwind für Putin**

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Mittwoch erstmals seit seinem offiziellen Amtsantritt Anfang Mai mit Gesetzesvorhaben auf den Widerstand des Parlaments gestossen. Das Abgeordnetenhaus, die Duma, kritisierte eine geplante Reform der Sozialabgaben. Nach kontroverser Debatte wurde der Punkt auf Freitag vertagt. Die Duma-Abgeordneten debattierten auch über die Einführung eines Einkommensteuersatzes von 13 Prozent. Vor allem Gewerkschafter wenden sich gegen die geplante Zusammenführung aller Sozialabgaben und dagegen, dass das Steuerministerium für die Gelder zuständig sein soll. Sie befürchten, dass Kürzungen bei Sozialleistungen dadurch erleichtert würden. In der zweiten Kammer, dem Föderationsrat, wandten sich mehrere Gouverneure von Regionen gegen Putins Regionalreform und sprachen von drohender Entmachtung. Putin will als mittlere Instanz zwischen dem Zentralstaat und den 89 Regionen sieben neue Verwaltungsbezirke einfügen.

**Brutales Selbstmordattentat**

Krisenherd Sri Lanka: 22 Tote bei Anschlag in Colombo – auch ein Minister tot

COLOMBO: Bei einem Selbstmordanschlag in Sri Lanka sind am Mittwoch mindestens 22 Menschen getötet worden. Nach Angaben der Polizei befindet sich unter den Toten auch der Minister für industrielle Entwicklung, C.V. Gunaratne.

Die Explosion ereignete sich in Moratuwa, zwölf Kilometer südlich der Hauptstadt Colombo. Nach Angaben eines Arztes wurden neben den 22 Toten mindestens 60 Menschen verletzt. Die Polizei machte die tamilische Organisation Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) für den Anschlag verantwortlich.

Industrieminister Gooneratne hatte einen Umzug zum «Tag der Kriegshelden» angeführt. Der Nationalfeiertag war zu Ehren der Regierungssoldaten eingeführt worden, die bislang im Kampf gegen die Befreiungstiger fielen.

**Neue Massnahme: Erhöhte Sicherheitsmassnahmen**

Die Bombe explodierte wenige Stunden nach der offiziellen Gedenkfeier, auf der Sri Lankas Präsidentin Chandrika Kumaratunga betonte, die Regierung wolle den Konflikt mit den Tamilen beenden. Kumaratunga machte die Befreiungstiger für das Anhalten der Kämpfe im Norden des Landes verantwortlich. Aus Angst vor Anschlägen hatte das Militär seine Sicherheitsmassnahmen ründ um Colombo erhöht. Marineboote sicherten die Küste, Strassenkontrollen verursachten lange Staus.



Die Polizei greift einen mutmasslichen Täter auf. Bei dem Anschlag wurden 22 Menschen getötet – unter anderem der Minister für industrielle Entwicklung, C.V. Gunaratne. (Bilder: Keystone)

men ründ um Colombo erhöht. Marineboote sicherten die Küste, Strassenkontrollen verursachten lange Staus.

Die Rebellen kämpfen für die Unabhängigkeit der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Regionen im Norden und Osten von Sri Lanka. Der Konflikt zwischen Regierung und Tamilen schwelt seit 28 Jahren und eskalierte vor fünf Jahren in einen Bürgerkrieg, in dem bereits mehr als 55 000 Menschen starben.



Krisengeschütteltes Sri Lanka: Jetzt wird die Lage noch kritischer.

**Tausende werden vermisst!**

Internationales Rotes Kreuz stellt «Buch der Verschwundenen» vor

GENÈVE: Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat am Mittwoch ein «Buch der Verschwundenen» aus dem Kosovo-Konflikt veröffentlicht. Darin werden die Namen von insgesamt 3368 Personen, die meisten davon Kosovo-Albaner, aufgelistet.

Zu den Verschwundenen gehören aber auch Serben, Roma und Angehörige anderer Minderheiten im Kosovo. Die Liste umfasst die Zeitspanne zwischen Januar 1998 und Mitte Mai 2000. In dem 200-seitigen Dokument werden die Namen der verschwundenen Personen in alphabetischer sowie chronologischer Reihenfolge ihres Verschwindens aufgelistet.

«Die grosse Frage ist, wieviele der 3368 Personen noch am Leben sind», betonte Andreas Wigger, Leiter der IKRK-Einsätze im Balkan.



Der Krieg ist vorbei, aber nach wie vor werden Tausende Menschen vermisst. Das IKRK listet die Namen von 3368 Vermissten auf...

Eine grosse Zahl der Verschwundenen sei «wahrscheinlich» tot. «Wenn die Leute etwa in Massengräbern

verscharrt wurden, kann die Identifizierung sehr lange dauern», betonte Wigger.

**Israelische Volksvertretung am Ende**

Israel steht jetzt endgültig vor Neuwahlen – Friedensprozess in Gefahr?

JERUSALEM: Das israelische Parlament hat nach nur elf Monaten seine Auflösung beschlossen. Damit beschworen die Volksvertreter eine schwere Regierungskrise herauf, die sich auch negativ auf den Friedensprozess mit den Palästinensern auswirken könnte.

Der oppositionelle Likud-Politiker Ruven Rivlin nannte die Abstimmung am Mittwoch «den Anfang vom Ende der Regierung Barak». Von den 109 anwesenden Knesset-Abgeordneten stimmten nach einer stürmischen Debatte in erster Lesung 61 für das von der Opposition eingebrachte Gesetz, 48 waren dagegen. Nach israelischem Recht wird der Entwurf jetzt zunächst in den Ausschüssen beraten, bevor er für drei weitere Lesungen vor die Knesset kommt. Dieser Prozess könnte Monate in Anspruch neh-

men. Ministerpräsident Ehud Barak ist der Auffassung, dass es trotz der von der Knesset beschlossenen Auflösung des Parlaments «keine Neuwahlen» geben wird. Im israelischen Fernsehen sagte der Regierungschef am Abend, er werde schon auf der nächsten Sitzung des Kabinetts am Sonntag «die nötigen Entscheidungen treffen».

Er machte deutlich, dass er nicht mit der bisherigen Koalition weiter regieren werde. «Wir werden entweder eine Regierung haben, die sich aus anderen Elementen zusammensetzt, oder aber eine aus ähnlichen wie bisher, aber dann unter völlig anderen Bedingungen», kündigte Barak an.

Noch während der Knesset-Debatte hatte Baraks Büro schon eine Erklärung veröffentlicht, in der es hiess: «Der Ministerpräsident ist entschlossen, der Situation ein Ende

zu bereiten, in der Minister ihre Kabinetts-Sessel warm halten, sich aber wie Oppositionelle benehmen». Bisher verfügte Baraks Koalition über 68 der 120 Mandate in der Knesset.

Die Abgeordneten von drei der sechs Regierungsparteien stimmten aber für die Auflösung des Parlaments, unter ihnen die vier Minister der ultra-orthodoxen Schas-Partei und Innenminister Nathan Scharanski von der russischen Einwanderer-Partei.

Barak hatte zuvor angekündigt, dass alle Minister, welche die Selbstauflösung der Knesset unterstützten, entlassen würden. Nach der von Barak angewandten Regelung wird die Entlassung jedoch erst in zwei Wochen wirksam.



Gestern in der Knesseth: Der Führer der Shas-Partei Eli Ishai (links) wird begrüsst von Mitgliedern seiner Partei, Amnon Cohen (rechts).

genüber den Palästinensern ablehnen, stimmte Schas für die Auflösung, weil Barak sich bisher weigerte, der Partei Millionen-Beträge für ihr bankrotttes religiöses Schulsystem zu überweisen. Barak und seine engsten Berater hatten am Mittwochmorgen die Möglichkeit einer kleinen Koalition ohne die religiösen Parteien sondiert.